

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

SPD. und USP. einig zum Schutz der Republik Maßnahmen gegen Kahr-Bayern.

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Um Mittwoch fand eine vertrauliche Aussprache von Vertretern der Sozialdemokratischen Partei mit solchen der USP. über die politische Lage statt. Man war sich einig darin, daß sich zum Schutze der Republik ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien empfiehlt. Im Vordergrund stand die bayerische Frage. Es wurden die Maßnahmen besprochen, die seit den Beratungen in Nürnberg eingeleitet worden sind, sowie die Unterstützung, die die gesamte Arbeiterschaft, falls es notwendig werden würde, der bayerischen Arbeiterschaft leisten würde. Wichtig wurde betont, daß die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern zu gewährleisten sei. Wie in dieser Frage, so ergab sich auch eine weitgehende Übereinstimmung über die Maßnahmen, die auf dem Wege der Gesetzgebung zur Verteidigung der Republik zu treffen sind. In der Besprechung der beiden Parteien mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsminister des Innern lenkten sie die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Tatsache, daß auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten neuerdings wiederholt kommunistische Blätter verboten wurden. Die Vertreter der Parteien betonten, daß der im wesentlichen gegen die Rechtskonservativen gerichtete Charakter der Verordnung nicht durch die untergeordneten Verwaltungsbehörden verwirklicht und nach links umgebogen werden dürfe. Die Bestimmungen werden am Dienstagabend sorgfältig werden, nachdem die Beratungen mit den bayerischen Vertretern beendet sein werden.

Die Lage in Kahr-Bayern. Eine offizielle Lüge.

München, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die politische Situation ist noch äußerst gespannt, wenn auch die Kahrpresse einen ruhigeren Ton anschlägt, um die Berliner Verhandlungen erst abzuwarten. Sie versucht, die von den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien vorbereitete Aktion als Bluff darzustellen, obwohl heute jedermann weiß, daß die von der bayerischen Arbeiterschaft in Aussicht genommenen Maßnahmen äußerst ernster Natur sind. Ministerpräsident v. Kahr hatte am Dienstag die Abordnung der Gewerkschaften nicht empfangen, weil er angeblich keine Zeit hatte und versuchte, dies durch eine Lügenmeldung zu beschönigen. In der offiziellen Meldung darüber heißt es, die Gewerkschaftsvertreter seien für Mittwoch vormittag bestellt gewesen, aber zur festgesetzten Zeit nicht erschienen. Das ist eine Lüge. Die Gewerkschaftsabordnung wurde am Dienstag nicht empfangen und es wurde ihr gesagt, vielleicht sei am Mittwoch ein Empfang möglich. Da man nach den bisherigen Erfahrungen die Vertretungen Kahr als Ausrede auffassen mußte, wurde auf die Unterredung mit Kahr verzichtet. Die Gewerkschaften hatten gestern für Kahr keine Zeit und haben ihre Vorbereitungen für die beschlossenen Maßnahmen getroffen.

Matatierungen des Aufrufes der USPD. wurden gestern vom Volkspräsidenten Pöchner verboten, obwohl ein Aufruf des Bürgerrates an den Matatisten prangte, der die Regierung Kahr auffordert, von ihrer bisherigen Politik nicht abzuweichen.

Die SPD. erklärt heute einen Aufruf, in welchem das System Kahr und die bayerische Polizeiwirtschaft gekennzeichnet wird. Es heißt in dem Aufruf: „Die Entscheidung über die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes muß fallen“. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, gerüstet und wachsam zu sein, um der Parole der Führer zu folgen, die erforderlichenfalls rechtzeitig kommen wird. Alle notwendigen Maßnahmen seien vorbereitet.

Kahr berät mit dem Kronprinzen Ruprecht.

München, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ministerpräsident v. Kahr war vorige Woche in Versailles und besuchte auch Kronprinz Ruprecht, mit dem er eingehende Besprechungen über die politische Lage in Bayern und dem Reich hatte.

Es wird weiter verboten.

München, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Gesetz des Verlanges der USPD-Zeitung, der Kampf, die Zeitung wieder erscheinen zu lassen, nachdem sie jetzt ein Vierteljahr verboten war, wurde von Pöchner unter sadenstetiger Begründung abgelehnt. Auch die Münchner Morgenpost ist noch immer verboten.

Aufruf der USP. Bayerns.

In erster Stunde wendet sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Bayerns an die Genossen im Lande. Stets hat sie bloß mit allem Nachdruck die republikanische Politik der bayerischen Staatsregierung gekennzeichnet. Sie bekämpfte den Ausnahmezustand, der nur dazu dient, um reaktionäre und monarchistische Umtriebe zu fördern und Vorbereitungen zum Sturz der deutschen Republik von München aus zu treffen; sie wandte sich rühmlichlos gegen das schmachvolle und willkürliche Polizeiregiment Pöchner, das Republikaner und Sozialisten drangsalieren und Monarchisten und Kapp-Hochverräter in seinen Schutz nimmt. Immer forderten wir, daß die Reichsregierung mit Entschiedenheit der freisinnigen Kahrpolitik ein Ziel setze, die in der Verfolgung ihrer verwerflichen Absichten vor keinem Mittel zurückbleibe, auch nicht vor der Duldung der Nordpropaganda gegen missliebige politische Gegner.

Die Ermordung Erzbergers zwang die Reichsregierung, mit Maßnahmen gegen die deutschen Reaktionäre vorzugehen. Sofort bezeugte sie dem heftigsten Widerstand der bayerischen Regierung. In jedem Schlag, den die deutsche Reaktion empfängt, führt sich die bayerische Regierung unmittelbar selbst getroffen. Alle Maßregeln, die zum Schutze der deutschen Republik ergriffen werden, empfindet die bayerische Regierung als Angriffe auf ihren Bestand. Darum trat sie jetzt in offene Aufsehnung gegen das Reich. Sie mißachtet klare Anordnungen der Reichsregierung; sie gestattet dem Miesbacher Anzeiger in einer sehr durchsichtigen Verhüllung das Wiedererscheinen; sie führt nicht das Verbot der Münchener Augsburger Abendzeitung durch; sie schreitet nicht gegen die monarchistische Landespolizei in Koburg ein, die gegen eine republikanische Kundgebung mit Waffengewalt vorgegangen war.

Sie, die „Regierung der Ruhe, Ordnung und Autorität“, verweigert der Reichsregierung, den Reichsgesetzen und der Reichsverfassung den Gehorsam. Im kühnen Ausschuss des bayerischen Landtags zur Rede gestellt, erklärte der Regierungsvorsteher, daß die bayerische Regierung nichts zu sagen habe. Die Koalitionsparteien schüchelten in der gleichen Sitzung unter dem Einfluß ihres schlechten Gewissens den Antrag der sozialistischen Parteien auf Bezeichnung der augenblicklichen politischen Lage im Reich ab.

Es ist nicht mehr zu verkennen, daß die bayerische Regierung in Verteidigung ihrer reaktionären Pläne selbst vor der Zerkümmern des Reiches nicht zurückbleibt. Der bayerischen Arbeiterschaft, die sich vor die Wahl zwischen Bayern und dem Reich gestellt sieht, fällt hier die Entscheidung leicht. Ihr Platz ist auf der Seite der Reichsregierung, solange diese mit Entschlossenheit die republikanische Sonderpolitik zu unterbrechen am Werke ist. Die Reichsregierung kann sich in dieser Angelegenheit auf die bayerische Arbeiterschaft verlassen. Die bayerische Arbeiterschaft rüht für die Regierung Kahr keinen Finger; wo Reaktionäre aber die republikanische Staatsform und die Reichseinheit bedrohen, da steht die bayerische Arbeiterschaft einmütig zur Wehre bereit!

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Bayerns hofft, daß die Reichsregierung vor Bayern keinen Schritt zurückweicht. Der Ausnahmezustand muß fallen, der schädliche Sonderpolitik Bayerns muß endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Wir wenden uns an die Arbeiterschaft mit der Aufforderung, wachsam zu sein, und jeden Tag und jede Stunde bereit zu stehen, für den Fall, daß die durch Bayern gefährdete einheitliche deutsche Republik den Ruf an sie ergehen lassen wird!

München, 7. September 1921.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Bayerns.

Das französische Regierungsblatt gegen Kahr-Bayern.

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einer Betrachtung über die Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern sagt der Temps u. a., daß es den Deutschen und nur den Deutschen allein zukomme, zu wissen, was sie zu tun haben. Es sei jedoch nicht gleichgültig zu wissen, ob 60 Millionen Nachbarn nach rechts oder nach links stehen. Der Temps zitiert die Rede des Landrats Rogger auf dem deutschnationalen Parteitage in Niederösterreich und knüpft daran folgende Schlussfolgerung: Wenn die bayerische Regierung über die Reichsregierung siegt und wenn der bayerische Belagerungszustand aufrechterhalten werden sollte, so liege es im Interesse des europäischen Friedens, vorbeugende Maßnahmen gegen die Münchener Gefahr zu treffen.

Die Äußerung des französischen Regierungsblattes zeigt, wie die bayerische Gegenrevolution dem französischen Nationalismus in die Hand arbeitet. Ihr Sieg würde den Anlaß für neue Einmischungen der Entente in die deutschen Angelegenheiten bieten. Aber das deutsche Proletariat wird, wenn es einzig ist, Ordnung im Reichshause schaffen können, so daß der Entente keine neuen Vorwände zur Einmischung gegeben werden.

Gegen die Sprengung von Versammlungen.

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Berliner Polizeipräsident warnt in einer amtlichen Veröffentlichung vor der planmäßigen Sprengung öffentlicher Versammlungen und politisch harmloser Vereinsveranstaltungen unter Anwendung von Gewalt. Er habe seine Organe angewiesen, in solchen Fällen nachdrücklich gegen die Aufseher einzugreifen. Die Freieheit bemerkt dazu, daß die politische harmlosen Veranstaltungen, die er im Sinne habe, durchaus nicht so harmlos waren, und daß sie durchweg einen reaktionären, gegen die Republik gerichteten Charakter trugen. Wenn von Arbeitern der ungeführte Verlauf solcher Veranstaltungen gehindert wurde, glaubten sie im Interesse der Republik zu handeln. Es sehe deshalb einer Behörde der Republik schlecht an, sie dafür mit Bestrafung wegen Landfriedensbruchs zu bedrohen. Wenn die Behörden in der Unterbindung der nationalpolitischen und monarchistischen Veranstaltungen bisher ihre Pflicht erfüllt hätten, so wäre es wohl nicht dazu gekommen, daß Arbeiter zur Selbsthilfe schreiten zu müssen glaubten. Im übrigen mahnt die Freieheit die Parteigenossen, nur den Weisungen ihrer eigenen Organisationen zu folgen und sich nicht von verantwortungslosen Elementen für Einzelaktionen benutzen zu lassen.

Die Mahnung unseres Berliner Organs möchten wir nachdrücklich unterstreichen! Seine Kritik der Polizeiverfügung haben wir gestern schon in unsern Bemerkungen und den Äußerungen des Reichsfinanzministers an die Deputation der Deutschnationalen ausgesprochen.

Der Fall Angoras.

Angora, der sich Kemal Paschas, die Hauptstadt der nationalistischen Türken, ist in den Besitz der Griechen übergegangen. Angesichts der geographischen Verhältnisse Kleinasiens, den unwirtschaftlichen Gebirgsgegenden, durch die sich quer vor Angora eine Salzwüste zieht, die Weglosigkeit, das Fehlen von Eisenbahnen, wodurch die Verbindung mit der Nachschubbasis des griechischen Heeres sich außerordentlich schwierig gestaltet, trägt auch diese Niederlage der kemalistischen Truppen noch keinerlei entscheidenden militärischen Charakter. Bereits nach der Niederlage von Eski Schehir wurde das nationaltürkische Parlament in das kleinasiatische Hinterland verlegt. Kemal Pascha rechnete also mit dem weiteren Vordringen der Griechen, um so mehr, als die anatolische Bahn in ihren Besitz gefallen war. Sie bot den Griechen eine günstige Aufmarschlinie, die Möglichkeit, Truppen, Material, Verpflegung heranzuschaffen. Die anatolische Bahn ist der einzige moderne Zufuhrweg, der den Griechen zur Verfügung steht. Ihre Lage aber wird um so kritischer, solange sie sich weiter in das Innere Kleinasiens ziehen müssen. Der Beginn der Regenzeit steht unmittelbar bevor, der auf den Gesundheitszustand der Truppen und auf den Zustand der Gebirgsstraßen von nicht geringer Bedeutung sein wird.

Mit diesen Schwierigkeiten rechnet Kemal Pascha. Ihm steht das weite kleinasiatische Hinterland zur Verfügung, das ihm die Möglichkeit weiterer Kämpfe sehr erleichtert. Trotzdem hat er Angora nicht letzten Herzens aufgegeben. Die Stadt wurde erst nach schweren Bajonettkämpfen, Mann gegen Mann, von den Griechen genommen. Das Staatswesen Kemal Paschas ist noch ein außerordentlich unfertiges Gebilde. Die Frage rein strategischer Schachzüge tritt daher weit hinter die des Prestige zurück. Obwohl es verlockend wäre, den Griechen gegenüber die Taktik der Russen im Jahre 1812 gegen die napoleonische Invasion anzuwenden, wird sich das Kemal Pascha überlegen müssen, da sein Herrscherstuhl nur auf tönernen Füßen ruht.

Die Schlacht um Angora hatte ein durchaus modernes Gepräge, sie zog sich über annähernd zehn Tage hin. Beide Teile hatten nach den vorliegenden Meldungen schwere Verluste. Die der Griechen werden auf etwa 20 000 Mann geschätzt. Das Schlachtfeld lag bei Gordium, an der anatolischen Bahn. Dort beginnt der Gebirgscharakter in Steppen- und Wüstengebiet überzugehen. Auf den Gefilden von Gordium kämpfte bereits Alexander der Große. Er brachte dem perfidischen Heere eine entscheidende Niederlage bei, zerstückte den so viel zitierten gordischen Knoten und setzte sich somit in größerem Ausmaße als die Ludendorff und Hindenburg, unter deren Händen sich der gordische Knoten der Entente immer fester knüpfte. Es scheint, als seien die Nachhutkämpfe der Schlacht noch immer nicht zum Abschluß gekommen, wenigstens lassen die Meldungen vom Kriegsschauplatz darauf schließen. Die Türken haben sich hinter den Starastuß zurückgezogen, hinter dem sie den Griechen scheinbar starken Widerstand leisten. Wie weit sie sich hinter Angora zurückgezogen haben, läßt sich aus den bisherigen Berichten nicht klar erkennen.

Nach außen hin erscheint die Auseinandersetzung in Kleinasien lediglich als ein Kampf zwischen Griechen und Türken, die sich gegen die Durchführung des Friedensvertrags von Sevres wehren. Die deutschen Nationalisten singen darob den Namen Kemal Paschas Hymnen des Lobes. Sie seien keine „deutschen Friedensschwärmer und Versöhnungsmischer“, wie die Neuesten Nachrichten in ihrem Chauvinismus verlinken. Sie weisen zwar im weiteren Verlaufe ihres Aufzuges auf die Gefahren hin die hinter den griechischen und türkischen Wappenschildern verborgen liegen und die den Kämpfen in Kleinasien ein ganz besonderes Gepräge geben. Die deutschen Arbeiterparteien sind die Träger des Friedenswillens. Sie haben die schwersten Bedingungen geschluckt, weil dank der Annexionspolitik der deutschen Chauvinisten vor und während des Krieges die gesamte Entente dem deutschen Volke gegenübersteht und es wirtschaftlich zu erdrücken droht. Wir stehen als die Geschlagenen, die unter dem Kommando Ludendorffs die weiße Flagge hielten, einer kompakten Mehrheit der Sieger gegenüber. Gewiß gehören auch die Türken zu den Unterlegenen. Der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei aber ist ein Konflikt nicht zwischen Siegern und Unterlegenen. In Kleinasien stehen die Parteien der Entente selbst gegeneinander. Trotz Versailles blieb Kleinasien der Zankapfel der Ententschäpfer. Hier stehen die Interessengegenstände aneinander und der Kampf zwischen Türken und Griechenland ist nichts anderes als der Austrag dieser Gegensätze, die zwischen Frankreich und England bestanden. Der Kampf Kemal Paschas ist daher nicht das Aufbäumen gegen den Länderdäcker in den Spalten des Vertrags von Sevres sondern der Kampf der Franzosen, die sich in Kleinasien in Syrien in ihren Interessen von den Engländern außerordentlich stark bedroht fühlen. Er ist letzten Endes der Streit um die anatolische Bahn, der unter den Fahnen der Griechen und Türken zwischen Lloyd George und Briand ausgefochten wird. Das wissen die Chauvinisten der Deut-